

Peter Steinbach

Geschichte und Politik – nicht nur ein wissenschaftliches Verhältnis

I.

Mit dem Umbruch, der sich 1989/90 in Europa ereignete, kehrte die Geschichte in die Politik zurück. Am wenigsten überraschte dies vielleicht die Deutschen. Sie hatten nach 1945 auf eine besonders intensive Weise – die manche Historiker sogar als Sonderweg der Vergangenheitsbewältigung bezeichneten – mit ihrer Zeitgeschichte gelebt. Politik war nach 1945 vorrangig durch die Aufgabe der Bewältigung vergangener Politik geprägt und damit immer wieder zur „Politikfolgenbewältigung“ (Claus Offe) geworden. Zu der Verantwortung, die aus der Vergangenheit resultierte, haben sich die Deutschen als zu einer sie verpflichtenden Last bekannt und sich auf eine unvergleichliche Weise auch als Schuldgemeinschaft empfunden. Gleichwohl war es den Deutschen trotz ihres gemeinsamen Erschreckens über die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) und in heftigen Auseinandersetzungen um das eigene Geschichtsbild nicht gelungen, eine gemeinsame Überzeugung von den historischen Grundlagen deutscher Nachkriegspolitik herauszubilden. Denn die Erinnerungen einer landsmannschaftlich, konfessionell und politisch außerordentlich differenzierten Gesellschaft ließen sich kaum in ein gemeinsames Geschichtsbild zusammenfassen. Hinzu kamen die Folgen der deutschen Teilung, die auch das deutsche Geschichtsbild nach 1945 gespalten hatte.

Diejenigen, die sich an das Ende des Dritten Reiches erinnerten, verbanden damit höchst unterschiedliche persönliche Empfindungen. Manche fühlten sich von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit, für andere aber standen die Last der Teilung, der Verlust der Heimat, die Zerstörung ihrer Städte, die Schrecken von Flucht und Vertreibung oder der noch viele Jahre dauernden Gefangenschaft im Mittelpunkt ihres Rückblicks. Kollektives, durch Politiker und Publizisten vermitteltes Gedenken und individuelle Erinnerung ließen sich offensichtlich nur schwer in einen Gleichklang oder gar in Deckung bringen – und wenn dies schließlich in gewisser Hinsicht gelang, so war das

die Folge einer gemeinsamen und im Laufe der Zeit akzeptierten Bemühung um ein „integrierendes Gedenken“, in dem die Erinnerung an Schuld und Verantwortung im Vordergrund stand.

Unübersehbar war also, dass die Deutung der Vergangenheit oftmals ein Politikum war. Politiker, die ein als falsch empfundenen Wort gesagt hatten, mussten zurücktreten. Auseinandersetzungen über Denkmäler, Museen, Gedenkfeiern hatten unmittelbar politisierende Wirkungen und rückten politisch vermittelte Deutungsangebote eines angemessenen Gedenkens rasch in das Zentrum von Parteienstreit, der durch die Bedingungen der Mediengesellschaft noch verstärkt wurde. Insofern lenkte der Umbruch von 1989/90 den Blick auf eine weniger medial inszenierte, sondern nun auch von der nachwachsenden Generation selbst erlebte, zudem tief in der historischen Erfahrung verankerte Geschichte, die geradezu eine politisch-existenzielle Dimension besaß. Geschichte war augenscheinlich doch mehr als ein Politikum in innenpolitischen Auseinandersetzungen. Sie war auch zum wichtigen Faktor internationaler Politik geworden, wie die Demonstration historischer Parallelen zu den „ethnischen Säuberungen“ in Jugoslawien zeigte.

Die entschiedene Reaktion auf jene Vorgänge widersprach zugleich der These, die Geschichte sei mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und dem Sieg der liberalen Systeme an ihr Ende gekommen oder habe gar einen neuen Aggregatzustand – die „Post-Histoire“ – erreicht. Die vielerorts aufbrechenden ethnischen Konflikte in der untergehenden Sowjetunion, in Ostmittel- und Südosteuropa machten deutlich, wie anhaltend prägend kollektive Erinnerungen mit ihren historischen Tiefenschichten sind. Volksgruppen, Völker und Staaten erinnerten sich an die Zwischenkriegszeit, wollten an Epochen und Entwicklungen anknüpfen, die durch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts angeblich dauerhaft und unwiderruflich abgeschnitten worden waren. Es verging nur eine kurze Frist, bis auf dem Balkan die Volksgruppenkämpfe aufflammten, die schon den Beginn des Jahrhunderts geprägt hatten.

II.

Die Konsequenzen einer plötzlich in die Politik der Gegenwart zurückgekehrten „Geschichte“ sind in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung noch nicht gezogen worden. Weiter werden abstrakte Modelle entwickelt, orientiert man sich unverdrossen an Theorien, die Politik als Markt der Möglichkeiten konstruieren und den Eindruck erwecken, wir hätten in der Politik immer die Freiheit der Wahl. Dabei kommt es längst darauf an, die Voraussetzungen unserer gegenwärtigen Politik aus historisch entstandenen Befindlichkeiten, Erfahrungen und Zwängen zu erkennen – also zu akzeptieren, dass gegenwärtige Politik immer die historischen Bedingungen von Entscheidungen oder Veränderungen zu respektieren hat. Wenn es gilt, dass gegenwärtige Politik immer auch Politikfolgenbewältigung ist, dann bleibt die Vergangenheit stets eine wichtige Rahmenbedingung, wenn nicht das Rückgrat der Politik.

Wenn man in den Gedenkfeiern von der Fortwirkung der Vergangenheit in der Gegenwart sprach und das „Nie wieder!“ beschwor, dann half das oftmals nicht, denn manche negativen Entwicklungen hatten die Gegenwart anderenorts schon längst wieder erreicht. In den Geschichtsappellen hatte man vor allem an die Bewältigung der Kriegsfolgen, an die Verpflichtung zur Wiedergutmachung, an die Vergangenheitsbewältigung durch Erinnerung und an die Kulturleistung des Gedenkens gedacht. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte schien zumeist eine Übung in historisch-politischer Reflexion zu sein – interessant für die Feuilletons, reizvoll für Tagungen, belebend für Party-Gespräche. Die moralische Ästhetik vieler Diskurse ließ übersehen, dass es sich nicht selten in vielen Teilen der Welt wiederum um blutigen Ernst handelte, der die Geschichte zum Faktor der Politik machte.

Geschichte als der Stoff, aus dem die Diskussionen der Intellektuellen sind, geht in der Erinnerung und in der Politik allein nicht auf. Dies spüren jene, die bis heute unter den Folgen einer bedrängten, beschädigten, verfehlten Lebensgeschichte leiden. Verfolgte, Zwangsarbeiter, Vertriebene, Gefolterte, Inhaftierte, Menschen, deren Angehörige im Krieg oder in den Nachkriegswirren umgekommen sind, leben mit ihrer Geschichte und verlangen Respekt, Wiedergutmachung, die Erklärung von Verantwortung und Schuld. Noch immer wird zu wenig deutlich, dass es dabei nicht um

Prinzipien oder Ideologien geht, sondern um konkrete Schicksale.

Ein Blick über die deutschen Grenzen – etwa nach Polen, wo am Beispiel der Gemeinde Jewabne über die Beteiligung der Polen an den Verfolgung der Juden gestritten wird, nach Frankreich, wo das Vichy-Regime weiterhin ein Stachel im Fleisch der französischen Gesellschaft ist, oder in die Schweiz, wo es um die Immigrationsbedingungen und die Abweisung von Flüchtlingen vor 1945 geht, oder nach Tschechien, wo man jetzt mehr, als die Deutschen wahrnehmen, über die Beneš-Dekrete diskutiert – macht deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit mehr als eine politisch aktuelle Aufgabe der Nachlebenden ist. Überall wurde die Geschichte zu einer neuen Dimension der Politik und zwang die Politiker, die historischen Grundlagen der Gegenwart schärfer in den Blick zu nehmen. Denn die europäische Gesellschaft, die nach den Umbrüchen der Jahre 1989/90 entstand, musste die Voraussetzungen wie die Erfahrungen ihrer vergangenen, oft gewaltsamen Transformationen seit der Zwischenkriegszeit als Faktor zukünftiger und erstrebter politischer Veränderungen ernst nehmen. Die deutsche Vereinigung konnte ebenso wie die europäische nur dann gelingen, wenn ihre ideellen wie historischen Wurzeln denjenigen bewusst waren, die aus unterschiedlichen Staaten und Gesellschaften eine neue politische Gemeinsamkeit erwachsen lassen wollten. Innerhalb der politischen Bildung hat sich der Bedeutungswandel des Historischen allerdings noch nicht im notwendigen Umfang niedergeschlagen: Geschichte ist weit davon entfernt, als Summe bisheriger politischer Erfahrungen wahrgenommen und damit als Rückgrat politischer Bildung anerkannt zu werden.

III.

Politikwissenschaftler stehen wohl immer in besonderer Weise unter dem Eindruck des Wandels in der Zeit und verändern deshalb in der Regel mehrmals den Grundansatz ihres wissenschaftlichen Zugriffs. Sie bahnen sich den Weg zur Wirklichkeit auf vielfältige Weise, die im Rückblick oftmals mehr über die Forschung als über die untersuchte Wirklichkeit aussagt. Geschichte hingegen ist abgeschlossen und nicht beeinflussbar – sie erzeugt den Rahmen für jene, die Verhältnisse politisch verändern und neu gestalten wollen. Analyse der Geschichte in Verbindung mit sozialwis-

senschaftlichen Fragestellungen – dies zielt auf die Durchdringung einer Komplexität, die Gegenwart nicht nur als Ergebnis der Vergangenheit sieht, sondern darauf abstellt, die Auswirkungen der Vergangenheit für die Zukunft zu erkennen. Dabei geht es vorrangig nicht allein um Modellbildungen oder intertemporale und interregionale Vergleiche, sondern es kommt auch auf die bewusste Reflexion von vergangenen Konstellationen der Politik für die Gegenwart an. Es geht mithin bei einer Verbindung von Geschichts- und Politikwissenschaft um eine Dimensionierung der Komplexität in historischer Perspektive.

Dass die Geschichte wirklich die Lehrmeisterin (guten) Lebens gewesen sei, das wird heute, nach den Erfahrungen im Europa der Diktaturen des letzten Jahrhunderts, kaum jemand mit Überzeugung behaupten können. In der Geschichte verbirgt sich offenbar auch kein tieferer Sinn, und mit der Krise der Fortschrittshoffnungen wird auch deutlich, dass es kein Entwicklungsziel der Geschichte gibt. Hinzu kommen methodische Entwicklungen moderner Wissenschaft. So hat sich auch die Einheit der Geschichtswissenschaft im Zuge einer Ausdifferenzierung der Wissenschaften in methodischer Hinsicht und in ihren räumlichen und sachlichen Bezügen aufgelöst. Viele neue historische Bindestrichdisziplinen sind entstanden: Zeit- und Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte haben sich fast zu eigenen Disziplinen mit eigenständigen Methoden und Fragestellungen entwickelt. Hochspezialisierte Ansprüche der Fachvertreter haben dabei das Interesse der Öffentlichkeit an den Forschungsergebnissen schwinden lassen. Wenn Historiker aber erzählende Darstellungen lieferten, sank das Interesse der Vertreter von benachbarten Fächern – sahen diese doch in der historischen Erzählung vielfach weniger die verständlich aufbereitete Forschungssynthese als vor allem den Ausdruck willkürlicher, beliebiger Interpretationen.

Unbestritten ist, dass sozialwissenschaftliche Forschungen historischer Fundierung bedürfen, ebenso wie geschichtswissenschaftliche Untersuchungen nicht auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen und Methoden verzichten können. Die Perspektive der Geschichtswissenschaft veränderte sich nicht zuletzt unter dem Einfluss der grundlegenden Herausforderungen und Wandlungen unseres Jahrhunderts: In den engen Grenzen des Nationalstaates lässt sie sich nicht mehr rechtfertigen und strebt nach europäischen Vergleichen oder gar nach der Darstellung welthistorischer Zusammenhänge. Dadurch haben sich neue Berührungspunkte zu den Sozialwissenschaften im

weitesten Sinn ergeben, die immer auch Analysen von Veränderungen im Zeitverlauf angestrebt haben und die ihrerseits aus diesem Grunde der Geschichtswissenschaft als einer wichtigen Korrektivwissenschaft bedürfen. Es wird also für Geschichtswissenschaftler immer wichtiger, sozialwissenschaftliche Modelle und Theorien mit den spezifischen Fragestellungen der eigenen Disziplin zu verbinden. Aus diesem Grunde wird das Spannungsfeld Politik und Geschichte nicht nur durch realhistorische Aspekte, sondern auch durch methodische Reflexionen zu bestimmen sein.

Stand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung von der NS-Diktatur zunächst die Frage nach dem Scheitern der Weimarer Republik, nach der Entstehung und den Strukturen des NS-Staates sowie der Wiederbegründung einer zweiten deutschen Demokratie (und einer zweiten deutschen Diktatur) im Mittelpunkt des historisch-politikwissenschaftlichen Fragens, so hat sich dieses Interesse mit der Entstehung einer wissenschaftlichen Zeitgeschichte als geschichtswissenschaftliche Teildisziplin auf die Geschichtswissenschaft selbst verlagert. Den Vertretern der historisch-politikwissenschaftlichen Teildisziplin geht es nun vor allem darum, systematische Fragestellungen aufzunehmen, sie zugleich aber dezidiert in historische Perspektiven zu rücken – etwa die Entstehung von politischen Grundstrukturen und Elementen des politischen Prozesses nachzuzeichnen, sie in ihrer Dynamik zu begreifen, politische Begriffe als Resultat historisch-politischer Konzepte zu erfassen oder deutlich zu machen, in welchem Maße gegenwärtige politische Herausforderungen auch Folgen vergangener und nicht selten Jahrhunderte zurückliegender politischer Konstellationen, Konflikte und Entscheidungen sind. Aktuelle Politik scheint immer öfter unter der Notwendigkeit einer Politikfolgenbewältigung zu stehen – dieses Verständnis von Politik setzt aber die Einsicht in die zeitliche, also historische Dynamik politischer Konstellationen voraus.

IV.

Politik, die in dieser Weise mit der Vergangenheit verknüpft wird, spiegelt nicht nur Folgen vergangener Entscheidungen und Entwicklungen, sondern sie hat auch zunehmend die Deutung der Vergangenheit als einen Faktor gegenwärtiger politischer Auseinandersetzungen anzuerkennen. Deutungen der Vergangenheit sind nicht selten

das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen, der „Geschichtspolitik“. Geschichte ist somit nicht mehr allein das Ergebnis vergangener Politik, sondern eine bestimmte Deutung der Vergangenheit wird vielfach zur wichtigen Voraussetzung neuer politischer Auseinandersetzungen und damit zu einem wichtigen Element politischer Gestaltung. Die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit ermöglicht eine bessere Orientierung politischen Verhaltens, indem sie Handlungsvoraussetzungen klärt – dies ist eine Grundannahme der alten Vorstellung von der Geschichte als der Lehrmeisterin des Lebens. Moderne Geschichtswissenschaft, die sich als historische Sozialwissenschaft versteht, und eine historisch orientierte Politikwissenschaft, die sich zur Aufgabe macht, systematisch Zusammenhänge des Wandels von Strukturen und Institutionen oder Konstellationen und Mentalitäten im Zeitablauf freizulegen, verschränken sich gegenseitig – zum Vorteil beider Disziplinen.

Fragen wir nach den Voraussetzungen und nach der Wirklichkeit von Macht und Herrschaft, nach den Voraussetzungen ihres Erwerbs ebenso wie nach deren Gebrauch, schließlich nach Verfall oder Verlust von Macht, dann richtet sich unser Interesse auf die Bedingungen politischen Handelns – auch um die Struktur und den Wirkungszusammenhang unterschiedlicher Systeme zu erhehlen. In der Regel wird dabei schnell deutlich: Die Zustände der Welt folgen nicht im chronologischen Sinne *aufeinander*, sondern im genetisch-kausalen Sinne auch *auseinander*. Deshalb sind multikausale Erklärungsansätze in der historisch-politischen Analyse in besonderer Weise notwendig. Hier liegt die Bedeutung der historischen Grundlagen der Politik: Allgemein formuliert geht es darum, die Entstehung gesellschaftlicher und politischer Probleme, ihrer Strukturen und der dahinter stehenden Interessen unter einem bewusst historischen Blickwinkel herauszuarbeiten. Mit der ganzen Komplexität historischer Prozesse werden wir vor allem dann konfrontiert, wenn wir versuchen, zeitübergreifende Vergleiche vorzunehmen und uns dabei die Frage stellen, ob – und gegebenenfalls welche – Unterschiede oder Gemeinsamkeiten im Hinblick auf bestimmte politische Strukturen oder Entwicklungen bestehen. – national wie international.

Geschichte ist aber niemals allein die vergangene *Wirklichkeit*. Geschichte ist auch das *Bild*, das sich Menschen von ihr machen. Deshalb müssen wir erkennen, dass politische Konstellationen der Gegenwart sehr häufig in Gestalt von Geschichtsbildern wahrgenommen werden, die der vergan-

genen Wirklichkeit oft nicht entsprechen. Geschichtsbilder sind oftmals bewusst durch Eliten erzeugt und durchgesetzt worden; sie werden deshalb als „Konstrukte“ bezeichnet, die wiederum ideologische Debatten auslösen oder, wie Wahlkämpfe zeigen, politische Wirkungen entfalten können. Hier wird vom Historiker verlangt, dass er einseitige Bilder von der Vergangenheit korrigiert. Der historisch orientierte Politikwissenschaftler will überdies die politische Funktion bestimmter Deutungen der Vergangenheit analysieren. Er untersucht die Auseinandersetzungen um die Interpretation der Vergangenheit unter dem Aspekt von – häufig ideologischen – Auseinandersetzungen um Geschichtsbilder und um Versuche, ein gleichsam „kollektives“ Geschichtsbewusstsein zu prägen. Dies, so sollte man meinen, wird in pluralistischen Gesellschaften immer schwieriger, denn weil die Strukturen unserer Gegenwart historisch entstanden sind, sollten sie immer auch vor dem Hintergrund möglicher historischer Alternativen bewertet werden. Die politische Funktion von Geschichte zu analysieren, kann in einer offenen Gesellschaft also auch darauf abzielen, Legenden und Mythen als solche zu erkennen. Und dies wiederum verlangt, dass wir uns auch jene Entwicklungen vergegenwärtigen und Möglichkeiten reflektieren, die sich in den historischen Entwicklungen nicht als „Sieger“ durchgesetzt haben.

V.

Politikwissenschaft kommt niemals ohne Modelle und Theorien aus und bedarf deshalb in ganz besonderer Weise klarer begrifflicher Grundlagen. Ihre Begriffe entstammen in der Regel nicht den Epochen, auf die sie angewendet werden – dies macht zuweilen die großen Verständigungsschwierigkeiten zwischen der Geschichtswissenschaft und der Politikwissenschaft aus. Während der Historiker in geschichtlichen Ereignissen und Entwicklungen Vorgänge von hochgradiger Individualität und Einmaligkeit sieht, wollen historisch orientierte Sozialwissenschaftler gerade durch Vergleiche versuchen, Voraussetzungen, Strukturen, Verläufe und auch Folgen von Ereignissen präziser zu bestimmen.

Verändern sich geschichtswissenschaftliche Theorien, Methoden und Interpretationen grundlegend, dann kann dies ein Signal für eine tief greifende Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung der

Vergangenheit, aber auch der Funktion der Geschichte für die politischen Auseinandersetzungen sein. Dies wurde deutlich, als man in Deutschland in den sechziger Jahren über die Fragen stritt, wie die Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu klären sei. Auch der „Historikerstreit“ war ein wichtiges Anzeichen für die Veränderung der Bedeutung der Geschichte für die Politik. Zunehmend werden Auseinandersetzungen um das Spannungsverhältnis von persönlicher Erinnerung und öffentlichem Gedenken, um die Inhalte von Schulbüchern, um Denkmale, Gedenkfeiern oder Ausstellungen, um die Voraussetzungen und Folgen der Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reiches oder der DDR, um Museen und Geschichtsbilder geführt.

Die Deutung der Vergangenheit wird dabei nicht nur zum Streitfall, sondern sie kann auch, national wie international, zum Ziel politischer Einflussnahme werden – sei es, um bestimmte Inhalte kollektiver Identität zu beeinflussen, sei es, um politische Gegner mit historischen Argumenten zu bekämpfen, sei es, um in den internationalen Interessenkonflikten Ansprüche historisch zu rechtfertigen. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang „Gedenken“ instrumentalisiert. Die Folge einer solchen Beschäftigung mit der Vergangenheit ist dann der politische Konflikt, die Polarisierung der Öffentlichkeit; Zielsetzung ist nicht mehr die Rezeption der Vergangenheit im kritischen Urteil der Nachgeborenen. Es geht dann häufig um eine bestimmte kollektive Identität statt um Aufklärung. Vergangenheitserforschung und Gegenwartserfahrung sind unlösbar miteinander verschränkt – was auch die Einsicht in die Zeitbedingtheit von Fragen einschließt.

Wissenschaftlicher Fortschritt spiegelt deshalb immer einen Entwicklungsprozess wider. Forschung ist immer von bestimmten Interessen bzw. Voraussetzungen geleitet. Deshalb stellt auch jede Generation neue Fragen an die Geschichte, nicht

zuletzt auch an die Historiker, die sich aus dem jeweiligen Horizont ihrer Gegenwart mit der Analyse der Vergangenheit befassen. Geschichtsschreibung zeichnet sich deshalb immer auch durch das politisch relevante Ziel aus, die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Interessen, Abhängigkeiten und Absichten zu durchschauen, die das Bild von der Geschichte bestimmen. Neben den Deutungen der Vergangenheit steht die durch „Quellen“ zu erschließende vergangene Wirklichkeit, die mit den Methoden empirischer Sozialforschung ebenso präzise bestimmt werden soll wie mit dem Instrumentarium geschichtswissenschaftlicher Forschung. Es geht also nicht nur darum, dass jede Generation neue Fragen an die Geschichte stellt – es geht auch darum, zu erkennen, wie zuverlässig die jeweiligen Beantwortungsversuche sind.

Es ist ein vielfach gehörter Gemeinplatz, dass ohne eine gründliche Erfassung der geschichtlichen Dimensionen Politik nicht angemessen analysiert werden könne. Die Vergangenheit bietet dem Politikwissenschaftler ein breites Feld für seine Theorie- und Modellbildung ebenso wie für die Interpretationen und Illustrationen seiner Thesen. Die Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Grundlagen der Politik ist mehr als eine politikwissenschaftliche Teildisziplin und fachwissenschaftliche Perspektive. Sie zielt auf die Analyse des politischen Wandels in der Zeit und dessen Bewältigung in der Gegenwart. Sie berücksichtigt im fachwissenschaftlichen Zusammenhang, dass keine kultur- und sozialwissenschaftliche Disziplin ohne historische Fundierung auskommt, und sie erhebt den Anspruch, dass gerade diese Fundierung wissenschaftlicher Analyse erkennbar und zugänglich gemacht werden muss. Dies macht den Umgang mit Geschichte interessant, zuweilen auch politisch brisant – und zugleich sichtbar, dass die Deutung der Vergangenheit unausweichlich und deshalb unvermeidlich eine politische Dimension besitzt.